



Fraktion der
Christlich-Demokratischen Union
im Rat
der Stadt Braunschweig

Änderungsantrag

Öffentlich

Datum

13. Dez. 2011

Nummer

2040/11

Absender

CDU - Fraktion
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

13.12.2011

Betreff

Resolution zum VW-Gesetz
Änderungsantrag zu DS-Nr. 2031/11

Der Rat der Stadt wird gebeten Folgendes zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Braunschweig verurteilt die erneuten Angriffe der EU-Kommission auf das VW-Gesetz.

Das VW-Gesetz hat sich bewährt und bei der Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen eine wichtige Rolle gespielt. Während die Finanzmarktkrise Europa im Griff hat und wirksame Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte immer noch nicht umgesetzt worden sind, stellt die EU-Kommission zum wiederholten Male die Kapitalverkehrsfreiheit über die Arbeitnehmerinteressen. Dieses Verhalten der EU-Kommission ist sowohl wirtschaftspolitisch als auch europapolitisch schädlich.

Der Rat der Stadt Braunschweig **unterstützt die Aktivitäten aller zum Erhalt des VW-Gesetzes**. steht an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Volkswagenkonzerns. Ihnen gehört unsere Solidarität. Wir werden die Aktivitäten **des Bundes, des Landes, der VW-Betriebsführung**, der IG-Metall, des Betriebsrates und der Belegschaft mit allen Kräften unterstützen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, auf die Kommission einzuwirken, dass dieser erneute Angriff auf das VW-Gesetz schnell zurückgenommen wird.“

Die Begründung der Dringlichkeit und in der Sache erfolgt mündlich.

Reinhard Manlik
stellv. Fraktionsvorsitzender